

Bericht über den VIII. Tag der Wehrpflicht 20. Jänner 2021

Thema

„Sicherheitspolitik 2021 – sind unsere Antworten zeitgemäß?“

**Zusammengestellt von Präsident Hptm Professor Ing.
Ernest F.ENZELSBERGER, MBA (WU Wien)**

Am „Tag der Wehrpflicht 2021“ stellte der Dachverband der wehrpolitischen Vereine die österreichische Sicherheitspolitik auf einen internationalen Prüfstand.

Viele Bedrohungsszenarien, die von Experten des Bundesheeres schon vor Jahren in die staatlichen Risikoanalysen eingebracht wurden, sind in den letzten Jahren schlagend geworden: Pandemie, Terror, Cyber-Attacken und Massenmigration sind Themen, die in der öffentlichen Wahrnehmung eine große Rolle spielen und die Unverzichtbarkeit des Bundesheeres als strategische Reserve der Republik belegen.

Im Sommer 2020 hat die Debatte über die zukünftige Ausgestaltung der militärischen Landesverteidigung als Kernaufgabe und die künftige Struktur des Bundesheeres für mediales Aufsehen gesorgt. Doch wie

soll es weitergehen? Reicht die Vorbereitung auf das Wahrscheinliche, oder muss der Staat auch mit dem Überraschenden umgehen können?

Der „Tag der Wehrpflicht“, der heuer pandemiebedingt als Livestream im Festsaal der Industriellenvereinigung in Wien abgehalten werden musste, erinnert an die Volksbefragung am 20. Jänner 2013. Der Dachverband versteht Wehrhaftigkeit – also die Resilienz Österreichs – als Produkt aus der Bereitschaft, für unsere ideellen und materiellen Werte (Wehrwille) einzutreten und diese auch glaubhaft zu verteidigen (Wehrfähigkeit).

Der Dachverband ist der Zusammenschluss der größten wehrpolitischen Vereinigungen Österreichs und versteht sich mit 250.000 Mitgliedern als „größte Lobby für das Bundesheer“. Er ist parteipolitisch unabhängig und setzt sich für die Einhaltung der relevanten Verfassungsbestimmungen im Bereich der Sicherheits- und Wehrpolitik (Umfassende Landesverteidigung, Wehrpflicht, Milizsystem) ein.

„In den nächsten Wochen und Monaten werden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Bundesheeres getroffen. Wir hoffen, dass dafür ein nationaler Schulterschluss über Parteigrenzen hinweg zustande kommt. Unsere Veranstaltung kann und soll zur Meinungsbildung beitragen“, sagte der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der wehrpolitischen Vereine in Österreich, Brigadier Mag. Erich Cibulka.

Erstmals sandte auch Bundespräsident und Oberbefehlshaber Dr. Alexander van der Bellen Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er unterstrich, das letzte Jahr sei herausfordernd und eine große Belastungsprobe für Österreich gewesen. So wie durch die Corona-Krise könnte Österreich aber auch von anderen Vorkommnissen überrascht werden. Der Bundespräsident gab sich aber davon überzeugt, dass wir es schaffen, dem entgegenzuwirken und betonte, er begrüße den Prozess der Weiterentwicklung der Streitkräfte auf Basis eines evidenzbasierten Risikobildes. Dazu müssten aber auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner führte aus: „Die klassische militärische Landesverteidigung ist und bleibt die Kernaufgabe des Österreichischen Bundesheeres. Doch darüber hinaus müssen wir weiterdenken und unser Bundesheer bereitmachen, um die Bevölkerung vor neuen Bedrohungen und Szenarien wie Cyberattacken, Blackouts, Pandemien und Naturkatastrophen mit ihren Folgen zu schützen.“ Und weiter: „Angesichts von hybriden Bedrohungen bedarf es eines erhöhten

Maßes an Flexibilität der Streitkräfte, erhöhter Autarkie und Durchhaltefähigkeit sowie verstärkter europäischer Kooperation. Nur so kann den geänderten verteidigungspolitischen Planungsparametern am besten Rechnung getragen und die Landesverteidigung fit für die sich aktuell stellenden Herausforderungen gemacht werden.“

Die für Österreich relevantesten sicherheitspolitischen Risiken sind hybride Bedrohungen, ein sich verschärfender Konflikt im südlichen und östlichen Krisenbogen, Angriffe auf die EU bzw. einen EU-Mitgliedstaat sowie souveränitätsgefährdende Angriffe. Hinzu kommen Extremereignisse, wie beispielsweise Blackouts und Pandemien, die sich auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken.

„Das Österreichische Bundesheer ist auf dem Weg einer großen Veränderung. Unsere Einsätze 2020 haben eines klar gezeigt: Das Bundesheer ist die strategische Reserve der Republik Österreich und muss daher an die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Mit dem Entwicklungsprogramm ‚Unser Heer 2030‘ mit seinen zahlreichen Projekten, einem erhöhten Budget und den so dringend benötigten Investitionen in Miliz, Infrastruktur, Ausrüstung und Gerät, sind wir auf dem besten Weg dazu“, so Tanner abschließend.

Anschließend erläuterte Brigadier i. R. Dr. Walter Feichtinger, der langjährige Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien „Die aktuelle Lage und das Bedrohungsbild in und um Europa“.

Er wolle, so Feichtinger, keine Panik verbreiten, aber man müsse der Realität ins Auge schauen, das bedeute u. a. eine steigende Blackout-Gefahr in Europa. Zudem erleben wir den Kampf um den Platz Eins in der Welt zwischen China und den USA. Das habe auch Auswirkungen auf Österreich, weil wir in diese Auseinandersetzung hineingezogen werden und uns positionieren sollten. Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa habe zudem, dass Russland zunehmend antieuropäisch wird. Das sei – so Feichtinger – bedauerlich, weil Russland unser Nachbar ist.

Weiters stellte Brigadier Feichtinger folgende Thesen auf:

- Je mehr sich die USA zurückziehen, desto mehr verschärfen sich die Spannungen an den Rändern Europas.
- Ein schwaches, weil uneiniges Europa, kann die Lücken nicht füllen, die die USA hinterlassen haben.

- Spannung statt Entspannung – das passiert weltweit und führt zu Misstrauen und in weiterer Folge zu Aufrüstung.
- Europa ist wie von einer Vulkanlandschaft umgeben, diese Vulkane sind teils aktiv, andere können jederzeit in unterschiedlicher Intensität ausbrechen.
- Es kommt zu Drohgebärden, wie wir sie aus dem Kalten Krieg kennen, etwa das Vorhandensein russischer U-Boote in schwedischen Hoheitsgewässern.
- Russland schottet sich zunehmend gegen den Westen und Europa ab.
- Es will nachhaltig seinen Einfluss in Weißrussland stärken.
- Die Ukraine kann nicht mehr selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen will.
- Eingefrorene Konflikte brechen irgendwann einmal wieder auf. Das zeigt das Beispiel Südkaukasus und Aserbeidschan.
- Der „Arabische Frühling“ weckte unrealistische Erwartungen und führte zur Rebellion im arabischen Raum.
- Beim Krieg in Syrien ist die große Schlacht geschlagen, aber diese ist noch nicht beendet.
- Die Lage in der Türkei sorgt für Verunsicherung, derzeit deutet allerdings einiges auf eine Entspannung hin.
- Iran und Saudi-Arabien ringen um die Dominanz im arabischen Raum.
- Libyen ist für Europa von größter Bedeutung. Der Krieg begann noch unter Gaddafi, aber ohne ein Konzept für nachher.
- Die Terroranschläge in Europa sind noch nicht beendet.
- Der Migrationsdruck wird nicht abnehmen.
- Hybride Bedrohungen bleiben an der Tagesordnung.
- Unsere Verwundbarkeit hat sich in den letzten Jahren durch Cyberangriffe und wirtschaftliche Abhängigkeiten verschärft.
- Es gibt Defizite im Sicherheitsbereich, wichtig ist auch die geistige Komponente.
- Die NATO funktioniert nur, wenn die USA bereits sind, so viel einzubringen wie bisher. Dafür gibt es aber keine Garantie.

Feichtinger gibt folgenden Ausblick: „Sicherheit beginnt in den Köpfen. Wir müssen uns auf stürmische Zeiten einstellen und mit Überraschungen rechnen, aber wir haben einen Regenschirm.“

Der Oberst im Generalstab Urs Sulser, der Verteidigungsattache der Schweiz in Österreich, betonte u. a. den Anspruch der Schweizer Armee „Kämpfen, schützen, helfen“. Zum Vergleich heißt es in Österreich „Schutz und Hilfe“. „Kämpfen“ (im Sinne der militärischen

Landesverteidigung“ wird nicht erwähnt, da ist Nachschärfungsbedarf erkennbar. (Anmerkung des Berichtsverfassers)

Dr. Arnold Kammel, Direktor für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium und damit an der Schnittstelle zwischen politischen Vorgaben und der militärischen Umsetzung, ging zusammenfassend nochmals auf die für Österreich relevantesten sicherheitspolitischen Risiken ein. Diese sind:

- hybride Bedrohungen,
- ein sich verschärfender Konflikt im südlichen und östlichen Krisenbogen,
- Angriffe auf die EU bzw. einen EU-Mitgliedstaat sowie
- souveränitätsgefährdende Angriffe.

Er ortet in den vergangenen Jahren und besonders 2020 eine Verschlechterung der Sicherheitslage für Europa und damit auch für Österreich. Diese Verschlechterung habe den Klimawandel und den Brexit zu Randerscheinungen werden lassen. U. a. werden das internationale System und das Völkerrecht zunehmend in Frage gestellt. Der Trend zur Verschlechterung der Sicherheitslage werde sich 2021 fortsetzen. Daher wird eine faktenbasierte strategische Vorschau erforderlich, die sich an den angeführten Bedrohungen orientiert. Dazu komme noch die Gefahr von Blackouts, erhöhten geopolitischen Spannungen, Terrorismus und gesellschaftlichen Polarisierungen.

Die Planungsparameter seien daher ständigen Änderungen unterworfen, Eintrittswahrscheinlichkeiten von Risiken seien schwer prognostizierbar und die Risiken nicht mehr allein, sondern nur im internationalen Verbund in den Griff zu bekommen. Das bedingt die Notwendigkeit von internationalen Kooperationen und eine möglichst aktive Teilnahme an der GASP. Dabei sei allerdings zu beachten, dass die österreichische Neutralität Kooperationen Grenzen setzen kann.

Strategische Vorwarnzeiten für den Eintritt von Risiken existieren nicht mehr, daher erhöhe sich der Bedarf an rascher und flexibler Reaktionsfähigkeit.

Brigadier Mag. Erich Cibulka führte abschließend aus: „Die Corona-Krise hat die Verwundbarkeit der Gesellschaft aufgezeigt und neue Aufgaben für die Streitkräfte gebracht. Für Österreich bedeutete dies den Ruf nach Assistenz- und Sicherheitsleistungen. Das Bundesheer muss die nationale Handlungsreserve darstellen. . . .“

Und Cibulka fuhr fort: „Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Parteipolitik darf keine Rolle spielen, wir brauchen einen nationalen Schulterschluss. . . . Das Bundesheer ist nicht primär eine Reserve, es ist einzigartig. Wir sind die bewaffnete Macht der Republik, Schild und Schwert, hinter uns gibt es niemanden, der einspringen kann, wenn unsere Fertigkeiten ausgeschöpft sind“,